

An die Oberbürgermeisterin
der Stadt Göttingen
Frau Petra Broistedt

über Verwaltungsstelle Weende

Montag, 24. April 2023

Antrag

Schaffung von weiteren Fahrradstellplätzen am Parkbad und Aufstellung von Hinweisschildern auf weitere (KFZ-)Parkplätze in Parkbadnähe

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt zur nächsten Sitzung des Orsrates Weende / Deppoldshausen am 11.05.2023 den folgenden Antrag:

Der Ortsrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem öffentlichen Parkplatz „Am Weendespring“-Parkbad mehr Fahrradstellplätze zu schaffen, auch auf dem nördlichen Parkgelände des Parkbades und auf dem Seitenstreifen der Ernst-Fahlbusch-Straße.

Zusätzlich soll die Verwaltung für Ortsfremde Hinweisschilder aufstellen, die auf die (KFZ-)Parkplätze in der Ernst-Fahlbuschstraße und auf den nördlichen Parkbadparkplatz aufmerksam machen.

Begründung:

Der Parkplatz am Parkbad wird stark genutzt (Strandcafe, Gesundheitszentrum, Parkbad, Anwohnende), zur Sommerzeit wird er zum verkehrlichen Brennpunkt: AutofahrerInnen und RadfahrerInnen suchen Stellplätze. Das große Interesse am Parkbad und die geringe Anzahl an Stellplätzen direkt vor dem Bad führt zu Parkplatzsuchverkehr und wild abgestellten Rädern an Zäunen, Pfosten, Verkehrsschildern.

1. Durch ausreichende Hinweisschilder sollen die Parkplatzsuchenden zu den Parkplätzen in der Ernst-Fahlbuschstraße und auf den nördlichen geleitet werden.
2. Fahrradstellplätze sind nicht ausreichend vorhanden. Das belegt das Foto, an einem Wochentag gegen 16.30 Uhr im April gemacht. In der Badesaison werden weitere Fahrradparkmöglichkeiten mit Diebstahlsicherung gebraucht, damit die Gäste z. B. auch ihre teuren E-Bikes gesichert abstellen können
Eine durch ausreichende Fahrradbügel verbesserte Radinfrastruktur garantiert eine geordnete Parksituation, motiviert die BesucherInnen des Parkbades ihr

Rad zu nutzen und trägt dazu bei, das motorisierte Verkehrsaufkommen zu verringern.

Sicheres Fahrradparken sollte ein wichtiges Handlungsfeld für die Göttinger Radverkehrspolitik sein, zumal das Bundesumweltministerium bis 2027 die Kommunen mit Fördergeldern in diesem Bereich unterstützt. (Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums)



Dorothea Meldau

Horst Roth